



**Der
Freiheits-
kämpfer**

**Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit**

53. Jahrgang – Nr. 5 – Oktober 2002

Hofübergabe – Neuwahlen im Kuratorium (Bundesleitung)

**Zündender Leitartikel
– zum Juli 1927**

Salzburg





Hofübergabe

Bald nach meinem Übertritt in den Ruhestand hat mich der mir bisher unbekannte Kamerad Karl Forster ersucht, in unserer Organisation mitzuarbeiten die ich bisher kaum gekannt habe. Im Frühjahr 1987 bin ich zum Vorsitzenden des Wiener Landesverbandes, im Sommer des selben Jahres in Salzburg zum Obmann des Kuratoriums, also zum Bundesobmann gewählt worden.

Diese beiden leitenden Funktionen unseres Verbandes habe ich durch fünf Amtsperioden das sind 15 Jahre bekleidet – so lange wie bisher keiner meiner Vorgänger. Nun bin ich im 83sten Lebensjahr stehend; dieses Alter hat jedenfalls keiner meiner Vorgänger als aktives Vorstandsmitglied erreicht. Aus gesundheitlichen Gründen habe ich mich daher entschlossen nicht mehr zu kandidieren und die Leitung des Verbandes in jüngere Hände zu legen also gewissermaßen den Hof zu übergeben.

Die Übernahme von leitenden Funktionen in unserem Verband durch Kameraden, die schon aus Altersgründen nicht mehr aktive Freiheitskämpfer gewesen sein konnten, ist durch die in der Vollversammlung des Kuratoriums in Linz 1998 und in der Folge auch in allen Landesorganisationen beschlossene Statutenänderung ermöglicht worden. Seit damals können Personen ordentliche Mitglieder unserer Organisation mit allen Rechten und Pflichten, also auch dem aktiven und passiven Wahlrecht, werden, die sich zu Österreich und unseren Zielen bekennen. Diese Änderung ist auch in der Änderung des Namens unserer Organisation in „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennner für Österreich“ zum Ausdruck gekommen. Von dieser Möglichkeit der Übergabe der Leitung in jüngere Hände haben inzwi-

schen folgende Landesverbände Gebrauch gemacht: in Kärnten Primarius Dr. Georg Lexer in die Hände seines Sohnes Primarius Dr. Gerfried Lexer, nach dem Tode des Obmannes unseres Oberösterreichischen Landesverbandes OAR Wilhelm Zimmerbauer im März 1999 hat dessen Sohn Rechtsanwalt Dr. Markus Zimmerbauer die Leitung dieser Organisation übernommen, in Tirol hat nach dem Rücktritt des bisherigen Landesobmannes Friedrich Seistock Matthias Denifl, Sohn einer Widerstandskämpferin, die Leitung dieses Verbandes übernommen; auch die Obfrau unseres Voralberner Verbandes, Kameradin Nicola Reichenpfader, gehört schon der jüngeren Generation an.

Zu meinem Nachfolger im Wiener Landesverband ist auf der Generalversammlung vom 15.5. dieses Jahres Kamerad Knud Dr. Gerhard Kastelle gewählt worden; er war auch als mein Nachfolger beim Kuratorium vorgesehen. In einem eigenen Artikel wird er sich vorstellen und seine Pläne bekannt geben.

Als ich 1987 die Leitung des Wiener Landesverbandes und des Bundesverbandes übernommen habe, war unsere noch im dritten Stock des Hoftraktes in der Landongasse 16 befindliche Kanzlei kaum heizbar. Zwei Damen waren im Volldienst angestellt dazu noch eine Buchhalterin. Eine der Damen ist gestorben die andere in Pension gegangen. Wohl auch in Folge der Verminderung unserer Mitgliederzahl, die altersbeding-

gewesen ist, konnte nunmehr mit einer Kanzleikraft mit 10 Wochenstunden das Auslangen gefunden werden. Dank Frau Köhl, unserer neuen Sekretärin, die hauptsächlich beim ÖAAB arbeitet, ist es uns ermöglicht worden, vom dritten Stock des Hoftraktes wo wir die Hauptmiete hatten, in den ersten Stock des Vordertraktes zu übersiedeln und dort einen völlig neu adaptierten Raum in Ummiete zu bekommen. Er ist mit allen Schikanten moderner Bürotechnik ausgestattet.

Als Obmann unseres Bundesverbandes war ich berechtigt, zu Gesetzesentwürfen die die Opferfürsorge betreffen Stellung zu nehmen. In dieser Eigenschaft teils auch als Mitglied der sogenannten Arbeitsgemeinschaft der drei im Opferfürsorgegesetz (OPG) genannten Organisationen und auch als Mitglied der Opferfürsorgekommission war es mir möglich, in folgenden Angelegenheiten Verbesserungen für unsere Kameradinnen und Kameraden zu erreichen:

1. Als Mitteln des Ehrengehens- und Hilfsfonds konnten Dank unserer Intervention auch Witwen Unterstützungen erhalten;

2. Im OPG konnten folgende Verbesserungen erreicht werden:

2.1. Im § 11 Abs. 2 ist eine Satz eingefügt worden, nach welchem Kraft Gesetzes ohne ärztliche Untersuchung anzunehmen ist, dass jeder Inhaber einer Amtsbescheinigung, der längere Zeit in Haft gewesen ist und das 75ste Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag eine Rente wegen verfolgungsbe-

dingter Leiden bei einer Verminderung der Erwerbsfähigkeit von 30% erhalten kann. Auf Antrag kann auch beim zuständigen Finanzamt unter Berufung auf dieses Gesetz eine Steuererleichterung erlangt werden;

2.2. durch Änderung des § 12 Abs. 2 erhalten nunmehr auch Kameradinnen und Kameraden, die Inhaber nur eines Opferausweises sind, die selben Begünstigungen auf dem Gebiet der Krankenversicherung, wie Inhaber einer Amtsbescheinigung;

2.3. weiteres konnten wesentliche Verbesserungen auf dem Gebiet der Versorgung Hinterbliebener erreicht werden;

2.4. durch unsere Mitarbeit in der Opferfürsorgekommission konnte in vielen Härtefällen geholfen werden; beim Übergang von der Schillingwährung zum Euro sind alle Änderungen zum Vorteil unserer Kameraden vorgenommen worden.

3. Vor allem Dank der Erfahrung, des Fachwissens und der Standhaftigkeit des inzwischen verstorbenen Obmannes des KZ-Verbandes Dr. Sosziensky ist es in zahlreichen Verhandlungen im Bundesministerium für Finanzen mit den Vertretern der Israelitischen Kultusgemeinde gelungen, eine Bestimmung in die Novelle zum zweiten Kulturgüterbereinigungsgesetz einzubauen, nach welcher von dem Erlös der Versteigerung der noch in Mauerbach deponierten herrenloser Güter jeder der drei im OPG genannten Verbände 4% mit der Auflage bekommen hat, diese an bedürftige Opfer der

Nationalsozialistischen Verfolgung weiterzugeben. Von den über 5 Mio. Österreichischen Schilling, die wir erhalten haben, konnten wir an über 100 unserer Kameradinnen und Kameraden je nach Bedürftigkeit abgestuft Beträge in mindestens einer fünfstelligen Zahl in Schillingen auszahlen. Hierüber ist wiederholt im Freiheitskämpfer unter dem Schlagwort „Mauerbach-Auktion“ berichtet worden.

4. Bei den Verhandlungen über die Schaffung eines Gesetzes zur Entschädigung für Zwangsarbeiter, dem sogenannten Verursachungsfondsgesetz, ist es uns gelungen, zu erreichen, dass auch Österreicher aus diesem Gesetz unter den dort genannten Voraussetzungen Beträge erhalten können; wir konnten auch einen Vertreter in den Fonds entsenden.

5. In einem zur Begutachtung ausgearbeiteten Entwurf eines Bundessozialinterreformgesetzes ist es unter anderem vorgesehen gewesen, Angelegenheiten der Opferfürsorge, die bisher in mittelbarer Bundesverwaltung von den Ämtern der Landesregierungen geführt worden sind, in unmittelbare Bundesverwaltung durch ein eigenes Bundesamt zu führen. Weiters war vorgesehen die Rentenkommissionen (§11 lit. c OPG) bei den einzelnen Bundesländern aufzulösen. Wohl auch durch unsere negative Stellungnahme, in der wir schwere Bedenken gegen diesen Entwurf geäußert haben, ist es gelungen, diese Bestimmungen aus dem Gesetz wieder heraus zu nehmen.

6. Wiederholt haben wir schon versichert, beim Bundesministerium für Finanzen zu erreichen, dass der Freibetrag nach § 105 EStG für Opfer im Sinne des OPG valorisiert werde. Weiters stellten wir noch einmal den Antrag, für jene Kameradinnen und Kameraden,

deren Einkommen so gering ist, dass § 105 EStG für sie nichts ergibt, eine sogenannte Negativsteuer einzuführen, wie sie in der Familienbesteuerung vorgesehen ist.

Abschließend danke ich allen Kameradinnen und Kameraden für ihre Mitarbeit im Kuratorium, vor allem den Mitgliedern des Präsidiums, dem ehemaligen Vorsitzenden des Bundesrats KmtzR Alfred Gerstl (Landesverband Steiermark), dem Vorsitzenden des Landesverbandes Kärnten, den Primären Dr. Georg Lexner und Dr. Gerfried Lexner, der Vorsitzenden des Landesverbandes Burgenland, der Kamerading Rosa Szalay und unserem Kassier Othmar Burian aus dem Wiener Verband. Dankbar gedenken möchte ich auch unserem leider inzwischen verstorbenen Kameraden für ihre Tätigkeit im Rahmen des Kuratoriums. Es sind dies: Johannes von Eidlitz (Wien), Franz Forster (Wien), Camillo Heger (Wien), Helmut Heidlberger (OÖ), Karl Serschen (OÖ) und Josef Windisch (Wien). Danken möchte ich auch meinen Mitarbeitern in der Opferfürsorgekommission den Kameraden MR i.R. Dr. Hans Dietl (Wien) und den langjährigen Obmann des NÖ Landesverbandes w.HR i.R. Dr. Alois Kerner.

Meinem Nachfolger Kamerad KmtzR Dr. Gerhard Kastelic, dem Übernehmer des Hofes, wünsche ich viel Geduld und Erfolg bei den nicht immer leichten und mitunter auch unbedankten Tätigkeiten. Alle die mir geholfen haben, bitte ich, auch ihm bei seinem Einsatz zur Seite zu stehen – im Interesse unserer Kameradinnen und Kameraden und unserer geliebten Heimat.

Sitzung des Kuratoriums 2002

Bis zuletzt ist es fraglich gewesen, ob die für die Zeit vom 14. bis 16.8.2002 nach Salzburg einberufene Sitzung (Generalsversammlung) stattfinden konnte. Ist doch auch die Stadt Salzburg selbst vom Hochwasser betroffen gewesen. Letztendlich ist es doch den Kameradinnen und Kameraden aus allen Bundesländern mit Ausnahme von Niederösterreich möglich gewesen, an der Tagung teilzunehmen. Die Vertreter Niederösterreichs sind durch das Hochwasser an der Teilnahme verhindert gewesen. Im Kolpinghaus in Salzburg sind wir ausgezeichnet untergebracht und verpflegt worden.

Die Sitzungen des Kuratoriums haben am 14.8. nachmittags begonnen und sind am Freitag dem 16.8. fortgesetzt und beendet worden. Die wesentlichsten Punkte der Generalsversammlung sind gewesen:

Die Neuwahl des Vorstandes, hier hat die sogenannte „Hofübergabe“ stattgefunden. Die Liste des neugewählten Vorstandes steht am Ende des Artikels. Weiters ist über den zukünftigen Weg unserer Organisation beraten worden. Der langjährige Bundesobmann Dr. Hubert Jurasek ist zum Ehrenmitglied des Kuratoriums ernannt worden, der langjährige Obmann unserer Salzburger Landesorganisation Kamerad Hermann Prodingner

hat den Ehrenring verliehen bekommen. Nach Schluss der Generalsversammlung am 16.8. vormittags hat noch ein Gespräch mit zwei Zeitzeugen stattgefunden nämlich dem Präsidenten der Salzburger Israelitischen Kultusgemeinde HR Feingold und Baron Wolf von Schilgen deren Lebenssituation im Jahre 1938 und den folgenden Jahre nicht verschiedener sein konnte.

Donnerstag, den 15.8. haben wir mit einer Heiligen Messe in der Kirche der Benediktinerinnen am Nonnberg begonnen, zelebriert von UP Dr. Parhammer, langjähriger Generalvikar der Erzdiözese Salzburg. Die musikalische Umrahmung besorgte ein Bläserquartett. Das Fest der Auf-



Begrüßung durch den Klubobmann Werner Roffmann der Salzburger ÖVP.



Ehrenringübergabe an den Salzburger LO Prodingner

►nahme der Gottesmutter in den Himmel, im Volksmund Mariä Himmelfahrt genannt, sei, so führte der Zelebrant aus, ein Fest der Freude und Hoffnung für alle gläubigen Christen. Wie Maria ist auch uns die ewige Seligkeit verheißen worden.

Anschließend fuhrn wir mit dem Autobus nach Berchtesgaden um dort die „Dokumentation Obersalzberg“ zu besuchen, in der anhand von Bildern, Schriftstücken und Tondokumenten die „tödliche Utopie“ des Nationalsozialismus aufgezeigt wird. Der Aufstieg zu Macht, der Machtmissbrauch, der Terror und die Unterwerfung ganzer Völker, die Verfolgung von den Nationalsozialisten miss-

liebigen Menschen wie z.B. Juden und Sinti oder auch Kranken, die Außenpolitik die letztenendes auf den Krieg zugesteuert hat, der Krieg selbst mit all seinen Gräueln und den apokalyptischen Untergang im Jahre 1945. Gezeigt wurden aber auch der Widerstand sowohl in den besetzten Gebieten als auch in Deutschland selbst. Leider nichts aus Österreich.

Nach dem Mittagessen fuhrn wir zum Königsee und mit einem Boot nach St. Bartholomä. Das Wetter ist uns günstig gewesen.

Wir danken unseren Salzburger Kameradinnen und Kameraden für die vorzügliche Organisation und Betreuung.

Neuer Bundesobmann

Das Kuratorium unserer Organisation, die österreichweite Mitgliederversammlung aller Landesverbände, hat in Salzburg einen sicherlich nicht einfachen, vielleicht sogar mutigen Schritt durch meine Wahl zum Bundesobmann gesetzt. Aber auch alle noch aus der Zeit des aktiven Widerstandes lebenden Kameradinnen und Kameraden müssen dem fortgeschrittenen Alter Tribut zollen und haben daher nach den Organisationen mehrerer Bundesländer auch auf Bundesebene einen jüngeren nicht mehr direkt im Widerstand der Jahre 1938 bis 1945 agierenden Kameraden mit den Aufgaben an der Spitze unserer Kameradschaft betraut.

Mir ist bewusst, daß dieser Vertrauensbeweis für mich eine hohe Herausforderung darstellt. Aber meine Pensionierung und das geringere Alter lassen mir Zeit und Kraft für die kommenden Aufgaben. Ich habe diese Wahl angenommen, weil ich die Verpflichtung für mich sehe, meinen Dank allen Opfern für ein freies Österreich, allen Verfolgten und jenen Kameraden abzustatten, die unsere Ideen bisher hochgehalten und vertreten haben.

Mein besonderer Dank gilt dem entlasteten Vorstand und an der Spitze meinem Vorgänger, Dr. Hubert Jurasek, der

durch 15 Jahre die Kameradschaft leitete, immer für alle da war und viel für unsere Mitglieder schaffen konnte. Die Mitgliederversammlung hat ihn daher in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste einstimmig die Ehrenmitgliedschaft im Kuratorium zuerkannt.

Meine Aufgaben der nächsten Zeit sind vielfältig und sollen ansatzweise kurz dargestellt werden:

a.) Allen noch lebenden Kameradinnen und Kameraden bei ihren Problemen und Wünschen zu helfen und sie in ihren Bedürfnissen zu unterstützen. Kurz gesagt: für sie da zu sein.

Bei der Generalversammlung vom 14. bis 16.8.2002 ist folgender neuer Vorstand gewählt worden:

Bundesobmann: KmsZR Dr. Gerhard Kastelic (Wien)

Obmann-Stv.: KmsZR Alfred Gerstl, langjähriges Mitglied d. Bundesrats (Stmk.)
Primarius Dr. Gerfried Lasser (Ktn.)

Schriftführer: Matthias Denifl (Tirol)

Kassier: Öthmar Burian (Wien)

Rechnungsprüfer: Margarete Forster (Wien)
OSR I.R. Gertraud Jedlicka (Wien)

Schieds- u. Ehrengericht: v.HR I.R. Dr. Alois Kerner (NÖ)
Gertrud Heidlberger (OÖ)
OSR I.R. Georg Felber (Stbg.)

Zur Person:

Kommerzialrat Dr. Gerhard Kastelic, Vorstandsdirektor I.R.
Geboren am 30. September 1940 als 2. Sohn des Dr. Jakob Kastelic und seiner Gattin Maria, geb. Domberger. Nach dem Tod der Mutter im Jänner 1941 und wegen der Inhaftierung des Vaters durch die Nationalsozialisten seit Juli 1940 (er wurde am 2. August 1944 in Wien hingerichtet) wurde er zuerst von Großeltern, der Schwester des Vaters, vorerst gemeinsam mit seiner (bis 1954) und dann allein von der selbst über 2 Jahre inhaftiert gewesenen Frau Anna Hanaka aus der Widerstandsgruppe Dr. Lederer aufgezogen. Volksschule in Wien 15 bei den Schulbrüdern



nn, neue Aufgaben

b.) In den verschiedensten Gremien (Opferfürsorge etc.) ihre Interessen zu vertreten und bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen mitzuarbeiten. Auch der Kontakt zur ÖVP soll intensiviert werden, damit wir und diese Mutterorganisation sich gegenseitig befruchten.

c.) Das Gedenken der ermordeten und seither verstorbene Widerstandskämpfer unserer Gesinnungsgemeinschaft hochzuhalten. Mein Ziel ist: Verzeihen ja, vergessen nein!!!

d.) Die Rolle des christlich-bürgerlichen Widerstandes in Wahrheit und ohne Verzerrung darzustellen und den nachfolgenden Generationen offen und mit Achtung aller Opfer weiter zu übermitteln. Gerade dieser Widerstand wurde aus der Freiwilligkeit und ohne Zwang durch die Zugehörigkeit zu Rasse, Weltanschauung, Geschlecht oder Veranlagung geboren und ist daher besonders zu betonen.

e.) Den Versuchen von Geschichtslügen und Wahrheitsverdrehungen entgegenzutreten.

Die Änderung unseres Namens „...und Bekenner für Österreich“ im Jahr 1999 hatte auch eine sehr auf die Zukunft ausgerichtete Zielsetzung. Wir wollen jüngere Menschen unserer Weltanschauung gewinnen, die mit uns in Wahrung des Gedankens an die Opfer der Vergangenheit sich eintun, klar und aus vollem Herzen zu Österreich als Nation und unserem Heimatland bekennen. Alle Wortspenden von selbst ernannten Geschichtskennern und Vertretern diverser politischer Richtungen in jüngerer und jüngerer Vergangenheit mit der Absicht, unser Österreich zu verunglimpfen, schlecht darzustellen und damit unserer Heimat zu schaden, zeigen die Notwendigkeit eines starken Auftretens aller positiven Kräfte auf. Wir können in unserem gesellschaftspolitischen Umfeld wertvolle Arbeit verrichten und gerade unseren Nachkommen das richtige und auf unauferbaren Tatsachen beruhende Geschichtsbild vermitteln, aber auch die Liebe und Begeisterung für unser Österreich einpflanzen und vermehren. **Dr. G. Kaselböck** ■

Mittelschule bei den Jesuiten im Kollegium Kalksburg, Matura 1968, Studium an der Universität Wien, Promotion zum Dr. jur. im Jahr 1964, Verheiratet seit 1969 mit Elisabeth, geb. Rössig, Sohn Michael geb. 1970 und Tochter Veronika geb. 1974.

Nach Rechtspraktikum Eintritt im Jahr 1965 in die jetzige Flughafen Wien AG, 1969 Abteilungsleiter, immer wieder nebenbei Geschäftsführer verschiedener Tochtergesellschaften, 1971 Prokurist, ab 1990 Vorstandsmitglied. Pensionierung im Jahr 2000.

In dieser Zeit auch langjährig Vorsteher des Fachverbandes der Luft-

fahrtunternehmungen in der Wirtschaftskammer Österreich sowie Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Verkehrsflughäfen, Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten. Beiräten, führende Mitarbeit in nationalen und internationalen Organisationen etc. Träger verschiedener Auszeichnungen, Verleihung des Titels Kommerzialrat im Jahr 1992.

Seit dem Jahr 2000 in Pension. In der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich stehen seit Jahren Mitglied des Vorstandes der Landesgruppe Wien, seit dem Jahr 1999 schon als Obmann-Stellvertreter.

Zündender Leitartikel

Die Vorgeschichte der tragischen Ereignisse des 15.7.1927 sind in ihren Umrissen jedem an Zeitgeschichte Interessierten bekannt (siehe FK 2/97 Seite 8).

Die eher rechts stehende Frontkämpfervereinigung (FK) hatte für den 30.1.1927 in dem kleinen burgenländischen Ort Schanndorf bei der Behörde eine Kundgebung unter freiem Himmel angemeldet, zu der sie einen prominenten Redner aus Wien und Kameraden aus der Umgebung erwarteten (siehe Drimmel „Vom Umsturz zum Bürgerkrieg“ i.d.F. zitiert D 359 ff). Entgegen einer in Schanndorf bestehenden Vereinbarung zwischen Sozialisten und Rechtsstehenden, die gegenseitigen Kundgebungen nicht zu stören, haben die Sozialisten ohne dafür bei der Behörde um Genehmigung anzusuchen, ihre Genossen vor allem des Schutzbundes (SB) aus der Umgebung zusammengerufen, um es „den Schwarzen zu zeigen“. Bis heute wird von der „neuen Linken“ solche „außerparlamentarische Demokratie“ praktiziert (D 366). Die Sozialisten besetzten den Bahnhof und die Straßenzüge. Nach einer Schlägerei ist die genehmigte Kundgebung der FK von den Sozialisten gespenstet worden („Zeitbild, Die Goldenen 20er Jahre“ i.d.F. zitiert D 166).

FK sind in ihr Stammlokal, das Gasthaus Sarmann, gedrängt und dort regelrecht belagert worden. Sie sind von den Sozialisten „schwarze Hunde“ bezeichnet und aufgefordert worden, „Kummt auf! wenn's euch traut“ (z.170). Drei Angehörige der FK, davon zwei Söhne des Gastwirts, haben die Nerven verloren und aus Dachfenstern mit Schrotflinten auf die Belagerer geschossen (D 362).

Ein Kind und ein invalider Angehöriger des Schutzbundes sind getötet worden.

Damals ist eine unruhige Zeit gewesen. Krawalle auf den Hochschulen, politische Attentate (Hugo Portisch „Österreich 1. Die unterschätzte Republik“ i.d.F. P zitiert S 278 ff). Bundeskanzler Ignaz Seipel ist von einem sozialistischen Organisierten angeschossen worden, ein jüdischer Sozialist von einem Nationalsozialisten erschossen worden, ein Nationalsozialist auf dem Praterstern in Wien von Sozialisten erschlagen worden. Für den 24.4.1927 sind Neuwahlen in den Nationalrat ausgeschrieben gewesen, die sowohl von den Bürgerlichen als auch von den Sozialisten als „Schicksalswahlen“ angesehen worden sind. Die Sozialisten haben vor allem Bundeskanzler Dr. Seipel mit Comestrips und Spottversen, die Bürgerlichen die Sozialisten durch Spottverse verunglimpft (diese werden gesondert wiedergegeben). Für beide ist es um die Macht im Staate gegangen; eine Entscheidung haben diese Wahlen nicht gebracht.

Die Sozialisten haben auf ihrem Parteitag in Linz am 30.10.1926 ein neues Programm, das sogenannte „Linzer Programm“, beschlossen, dessen geistiger Vater Otto Bauer gewesen ist (D 348, 426; P 280 ff, Z 179) Mit der Erstellung dieses Programms sieht die AZ eine „Zeitenwende“ gekommen (P 283); es ist „das Programm der Machteroberung“. Von der

► „Diktatur des Proletariats“ ist die Rede, ja sogar vom „Bürgerkrieg, wenn es einer Gegenrevolution der Bourgeoisie von Anarchisten und Faschisten gelänge, die Demokratie zu sprengen“ (P 283 ff Z 170). Dieser Schrei nach der Diktatur des Proletariats hat die schläfrige bürgerliche Masse aufgeschreckt; er ist die „Verkündigung der Zielstellung“ des von Otto Bauer geführten Kampfes um die Macht gewesen (Friedrich Funder „Als Österreich den Sturm bestand“ S 20).

Die drei FK, die in Schatendorf die Schlüsse abgegeben haben, sind vor einem Geschworenengericht in Wien angeklagt worden. Die Geschworenengerichte sind ja bekanntlich eine Hauptangelegenheit der Sozialisten gewesen (P 298 ff), da in ihnen anstelle von Berufsrichtern Laien aus dem Volk zu entscheiden hatten. Der am 5.7.1927 begonnene Prozess hat am 14.7. mit einem Freispruch der drei Angeklagten geendet. Dieser ist noch am selben Tag um 21.30 Uhr vor dem Gericht wartenden Menge verkündet worden, die einen Schuldspruch erwartet hatten. Wegen der Erregung der Menge konnten die Angeklagten und deren Ver-

teidiger nur unter Polizeischutz das Haus verlassen.

Den Politikern des Jahres 1927 hätte die Erfahrung gebieten müssen, auf ein Fehlurteil der Geschworenen und die Reaktion jener, deren Rechtsempfinden verletzt worden ist, gefasst zu sein und vorzukehren (P 317). Der Chefredakteur der Arbeiterzeitung, Friedrich Austerlitz, von 1914 bis 1920 vom (noch k.k.) Abgeordnetenhaus gewähltes Mitglied des Staatsgerichtshofes und des Reichsgerichtes, deren Tradition vom ausnehmenden Verfassungsgerichtshof fortgesetzt wird, worgewaltig und berührt ob seines Jähworts, hat in seinem Leitartikel der AZ vom 15.7.1927, der von Beschimpfungen der Geschworenen und wüsten Vorwürfen strotzte (Z 172), die an sich aufreizende Frage gestellt, ob dieses Urteil an sich nicht schon des Bürgerkriegs bedende. Clemens von Klemperer meint in seinem Buch „Ignaz Seipel, Staatsmann einer Krisenzeit“ S 215, fest siehe, dass dieser Artikel zum Anlass der Ereignisse des 15. Juli 1927 geworden sei. Karl Renner hat zu diesem Artikel auf dem Parteitag der Sozialisten im Oktober 1927 gesagt: „Hätte am Morgen des 15. Juli die AZ ge-

schrieben „Das Urteil ist furchtbar. Morgen wird die Parteiführung entscheiden, bis dahin Gewehr bei Fuß“, wäre vielleicht nach menschlichem Ermessen das Ärgste verhindert worden (D 373).

In den ersten Morgenstunden des 15.7.1927 fassten die Männer in der Direktion der Wiener Elektrizitätswerke im Zimmer des Betriebsrates den Beschluss, eine Delegation in die im Gebäude der AZ auf der Linke Wienzeile in Wien befindlichen Parteileitung zu entsenden, um Instruktionen einzuholen; man wolle streiken, protestieren, demonstrieren (P 299 ff, D 371). Otto Bauer, der anwesend gewesen ist, hat sich der Diskussion entzogen und das Argumentieren dem Chefredakteur Austerlitz überlassen, der auf seinen Leitartikel verwiesen hat. Der ebenfalls in der sozialistischen Parteileitung anwesend gewesene Ernst Fischer, nach 1945 Abgeordneter der KP, hat zum Generalstreik geraten. Sowohl Otto Bauer als auch das Kommando des Schutzbundes hätten wissen müssen und haben aus gewusst, dass leidenschaftliche Demonstrationen bei dem lebhaften Temperament der Wiener Arbeiter zu Zu-

sammenschüssen mit der Sicherheitswache führen müssen, wenn die Disziplin nicht durch die eigenen Ordner gesichert werde. Es sei unterlassen worden, den Schutzbund aufzubieten (Adolf Schiöf „Österreichs Erneuerung 1945 bis 1957, i.d.F. „S“ zitiert 176). An jenem Tag hätten wenige Personen wichtige Entscheidungen getroffen, ohne dass sie im Augenblick die Folgen überschauen hätten (D 373). Noch in der Nacht habe die Polizei bei den Sozialisten den Schutzbund und den Freiheitskämpfer angefragt, ob man mit Demonstrationen rechte; alle haben dies verneint, daher sei die bereitgestellte Polizei nach Hause geschickt worden (P 304). Erst am 15.7. um 8 Uhr früh habe der Kommandant des Schutzbundes Julius Deutsch dem Leiter der politischen Polizei in Wien mitgeteilt, dass sich tausende von Demonstranten auf dem Marsch in die Stadt befänden; der Schutzbund habe nur zum Teil

Die drei Parteiprogramme der Österreichischen Sozialdemokraten

Achtzehnhundertachtundachtzig
Das Programm von Hainfeld
Langsam nur die Sache macht sich.
Putsch? Was auch nicht einfällt!
Neunzehnhundertseins beschlossen
Ward's Programm von Wien hier;
Wunder gibt es kein's, Genossen,
Weil noch haben hin wir.
Neunzehnhundertsechszwanzig
Das Programm von Salzburg
Bauer setzt, es gibt ihm's Land sich,
Sowjets jedenfalls durch.

Kikeriki siehe Artikel 02

Hymne zur Wiener Anti-Faschistentagung

Wir sind Anti-Faschisten
Und schlagen alles klein
Nur rote Kommunisten
Soll'n mehr auf Erden sein!
Faschisten müssen sterben
Ob Mann ob Weib egal
Wir haun' sie zu Scherben
Und hängen auf sie all!
Blutrot ist unser Streben
All hier im roten Wien –
Denn wo Faschisten leben,
Da trau'n wir uns nicht hin!

Aus Kikeriki 8/1926.
(Info Quelle 105-er Nr. 10/01)





mobilisiert werden können. Deutsch habe um entsprechende Polizeibereitschaften gebeten, die unbewaffnet durch ihre Anwesenheit alle Hitzköpfe in Schach halten sollten. Die Polizeibereitschaften haben erst durch Radfahrer aufgeboten werden können (S. 220).

Wien Bürgermeister Karl Seitz ist in der fraglichen Nacht in seiner Dienstwohnung im Wiener Rathaus um 3 Uhr früh informiert worden, dass die Bediensteten der Wiener El-Werke beabsichtigen den Strom abzuschalten; dieses Signal hat auch im Februar 34 zum Ausbruch der Unruhen geführt. Karl Seitz hat sich mit dem Kommandanten des Schutzbundes Julius Deutsch in Verbindung gesetzt und nachher versucht die Arbeiter zu beschwichtigen (Z. 172 f.).

Mittlerweile hat sich der Streikbeschluss wie eine Lauffeuer in der Stadt verbreitet. Ein Versuch der Demonstranten auf der Wiener

Ringstraße, Universität oder Parlament zu stürmen, konnte von der Polizei verhindert werden, die von Polizeipräsident Schober die Weisung erhalten habe, sich nicht provozieren zu lassen. Vor dem Justizpalast, der nur von einer dünnen Polizeikette gesichert gewesen ist, bewaffneten sich Demonstranten bei einer Baustelle mit Steinen, Werkzeugen und Latten. Aus der Masse ist ein Schuss gefallen. Die inzwischen eingetroffene Führung der Sozialisten, darunter Bürgermeister Seitz, wird abgedrängt und niedergeschrien. Ringetroffene als Ordnungskräfte vorgesehene Formationen des Schutzbundes haben nicht verhindern können, dass die Demonstranten in den Justizpalast eingedrungen sind und dort Feuer gelegt haben. Trotz der Bemühungen der sozialistischen Führung ist es der um 12.40 Uhr eingetroffenen Feuerwehre nicht gelungen zum Brandherd vorzudringen; Schläuche sind von den De-

monstranten zerschnitten worden. Nachdem Bürgermeister Seitz dem Ersuchen von Polizeipräsident Schober um Militärassistenten nicht stattgegeben hat, ließ Schober die Polizei mit Gewehren bewaffnen. Voreinst ist in die Luft geschossen worden, um die Menge zu zerstreuen; als dies nichts genützt hat, hat die Polizei scharf geschossen. Bis gegen Abend haben sich die Kämpfe vor dem Justizpalast hingezogen. Die Demonstranten haben nicht nur den Justizpalast gestürmt, sie haben auch das im Blickfeld der Rathauswache, die hauptsächlich aus Mitgliedern des Schutzbundes bestanden hat, gelegene Polizeiwachzimmer Lichtentfessung gestürmt, ohne dass die Stadtwache eingegriffen hätte. Im benachbarten 8. Wiener Bezirk haben die Demonstranten die Redaktionen der Zeitungen

„Wiener Neueste Nachrichten“ und „Reichspost“ verheert. Die traurige Bilanz dieses Tages: 89 Tote darunter 4 Polizisten, über 600 verletzte Polizisten über 1.000 verletzte Demonstranten (P 308 Z. 173 f.).

Nach einem vom sozialistischen Parteivorstand beschlossenen am 16. 7. erschienen „Mittelungsblatt der Sozialdemokratie Deutsch-Österreichs“ hätte die Demonstration „in kraftbewusster Ruhe und Würde verlaufen können“, „hätten nicht die kommandierenden Polizeiorgane zuerst durch sinnlose Reiterattacken, später durch Verhaftungen, zuletzt aber durch förmliche Treibjagden mit Gewehren auf fliehende Arbeiter ein ungeheuerliches Unglück angerichtet“. Die Polizeiorgane hätten nicht Ordnungsdienst ▶

Anonyme Flugblätter und Spottverse der Sozialdemokraten gegen Bundeskanzler Dr. Seipel

„Auf jede Gaslatern
da hängt man jetzt an Herrn
das wird der Herr von Seipel wern“

„Wo gehört der Seipel hin, wo gehört er hin,
der Seipel g' hört in d' Wurschmaschine“

„Die Tore, Tore gehen auf, gehen auf,
die Tore vor dem Parlament
und der Ignaz Seipel tritt heraus, tritt heraus
in seinem weißen Priesterhemd.
Haut ihn, haut ihn so lang ihr könnt,
er hat ganz Österreich in Geißel versenkt.“

Letzterer Vers richtet sich gegen die von Seipel 1923/24 durchgeführte Währungsanleihe (Beendigung der Inflation)

Diese Spottverse sind auch mit Anlass für das am 1.8.1924 durch Karl Jaworski, einem Sympathisanten der Sozialdemokratischen Partei, durchgeführten Attentat auf Priester Seipel gewesen.

Quellen: „Zeitbild, die goldenen 20er Jahre“ Seite 61;
Drimmel „Von Unruhen zum Bürgerkrieg“ Seite 404;
Hugo Pernisch „Österreich I, Die unterschätzte Republik“
Seite 296.

versehen, sondern Rache geübt. Es könne allerdings nicht bestritten werden, heißt es in dem Mittelungsblatt weiter, dass sich unter den Demonstranten „einige handelt un-
disziplinierte Elemente gemeengt haben, die zu diesem großen Unglück viel beigetragen haben“ (P 308). Schüff (auO) schreibt, die Leitung des republikanischen Schutzbundes habe im vollen Bewusstsein der möglichen Gefahr es unterlassen, die eignen Ordner aufzubieten; so sei es zum Ausbruch der Leidenschaft der in ihrem Rechtsbewusstsein gekränkten Masse, zum Schie-

ßen der Polizei und weiter, was niemand vorhersehen habe können, zum Brand des Justizpalastes gekommen. Der 15. Juli 1927 habe eine verhängnisvolle Wende in der Entwicklung der Ersten Republik gebracht. Die Vorfälle dieses Tages hätten die Reaktion, die Österreichische Konterrevolution, ausgelöst.

Auch in jüngster Zeit haben sich im Zusammenhang mit den Demonstrationen gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung unter die sozialistischen Teilnehmer Chaoten zum Teil vermischt

gemeengt und Zusammenstöße mit der Polizei provoziert. Das Versammlungsrecht sei kein Betätigungsfeld für Chaoten meint der Deutsche Bundeskanzler Schröder im Zusammenhang mit dem Besuch des US-Präsidenten in Berlin. Die Beschädigung des „Siegfried-Kopfes“ in der Universität Wien, ein Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, ist wohl ein besonderer Akt dieser Chaoten. Besonders linken Kreisen Nahestehende organisieren „spontane Gegendemonstrationen“ gegen ihren unliebsamen Veranstaltungen der Rech-

ten. Wird es auf die Dauer politisch anders Denkenden zumutbar sein, dass die Linke zumindest was Kundgebungen betreffend entscheidet, was rechtens ist? Hat Drimmel recht, wenn er in diesem Zusammenhang von einer „außerparlamentarischen Demokratie der neuen Linken“ spricht (D 359 ff). Wer Wind sät, wird Sturm ernten, hat vor mehr als zweitausend Jahren der jüdische Prophet Hosea gewarnt. Außerparlamentarische Demokratie hat, wie die Geschichte lehrt, vielfach in Diktaturen ausgearbeit. Wollen wir das wirklich? ■

Heldengedenken am Hietzinger Friedhof in Wien

Wie alljährlich hat sich auch heuer am 27.7.2002 eine ansehnliche Zahl unserer Kameradinnen und Kameraden und uns Nahestehenden am Grab unseres Heldenkanzlers Dr. Engelbert Dollfuß versammelt um seiner und der anderen auf diesem Friedhof Bestatteten zu gedenken, die ihr Leben im Kampf für Österreichs Freiheit und Selbständigkeit verloren haben.

Der Obmann unseres Wiener Landesverbandes KnzLR Dr. Gerhard Kosteik konnte unter anderem begrüßen: die Enkelin des Heldenkanzlers Frau Dr. Claudia Tancsits mit ihrem Herrn Gemahl dem Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Walter Tancsits sowie deren Sohn, den Klubobmann der ÖVP im Wiener Landtag und Gemeinderat Dr. Matthias Tschirf, sowie den Abgeordneten dieses Gremiums Johannes Prochaska und den Bezirksvorsteher des 13. Wiener Gemeindebezirkes DI Heinz Gersbach.

Dr. Tschirf dankte eingangs in seiner Ansprache unserem Verband dafür, dass wir durch lange Jahre hindurch jedes Jahr diese Gedenkveranstaltung abhalten. Durch

diese Veranstaltung würden die Verdienste sowohl von Bundeskanzler Dr. Dollfuß als auch der christlich-sozialen Politiker der Ersten Republik gewürdigt. Unsere Aufgabe werde es sein, der Jugend diese christlich-sozialen Politiker als Vorbilder zu zeigen.

Nach einem Gebet begaben wir uns anschließend zu dem von Architekt Clemens Holzmeister gestalteten Gedenkgrab für Herma von Schuschnigg. Diese ist einem Autounfall zum Opfer gefallen, der höchstwahrscheinlich von den Nationalsozialisten als Anschlag auf Bundeskanzler Schuschnigg gedacht gewesen ist. In diesem Grab sind auch weitere Angehörige der Familie Schuschnigg, darunter dessen Bruder Arthur,

bestattet, der am 11.3.38 noch nach dem Rücktritt Schuschniggs im Rundfunk das Kaiserquartier spielen hat lassen.

Schließlich gingen wir noch zur letzten Ruhestätte der drei Offiziere der Deutschen Wehrmacht, Major Biedermann, Hauptmann Huth

und Oberleutnant Raschke, die im April 1945 beim Kampf um Wien gegen die Zerstörungspläne der Nationalsozialisten Widerstand geleistet haben und deshalb von den Nationalsozialisten grausam ermordet worden sind. Sie haben ihr Leben für das Wiedererstehen eines freien, demokratischen Österreichs geopfert. Wie am Grabe Schuschniggs haben wir auch hier mit einem Gebet der Opfer gedacht. ■

Opferfürsorgegesetz – keine Änderung der Zuständigkeit

Im Freiheitskämpfer vom April 2002 (Nr. 4) haben wir auf Seite 8 berichtet, dass sich die Arbeitsgemeinschaft gegen den Entwurf eines Bundessozialministerreformgesetzes (BSRG) gewendet hat, in dem unter anderem die Zuständigkeit in Angelegenheiten der Opferfürsorge von den Ämtern der Landesregierung auf diese Bundeszentralstelle übergehen soll und weiters die Rentenkommissionen in den Bundesländern (§11 c DFG) aufgelöst werden sollten. Unsere Bedenken haben Erfolg gehabt. Wie wir aus dem Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen erfahren haben, ist diese Materie aus dem Gesetzesentwurf gestrichen worden. Es finden also keine Änderungen durch dieses Gesetz in Angelegenheiten der Opferfürsorge statt.

Ju

Verspäteter Zapfenstreich

Unter den Resten von Opfern der Nationalsozialisten, aus denen medizinische Präparate für Unterrichtszwecke von den verschiedenen Instituten der medizinischen Fakultät der Universität Wien angefertigt und aufbewahrt worden sind, hat sich auch der Schädel des Generals der Infanterie des Ersten Österreichischen Bundesheeres Zehner befunden. Dieses Präparat konnte dadurch identifiziert werden, dass der Name darauf geschrieben war.

General der Infanterie Wilhelm Zehner, geb. 2.9.1883 in Börsitz (Siebenbürgen), ist bis zur Besetzung Österreichs durch die Truppen der Deutschen Wehrmacht Staatssekretär für Landesverteidigung in der Regierung Schuschnigg gewesen. Wie verhasst er den NS-Machthabern gewesen ist, geht daraus hervor, dass anlässlich von Verhandlungen mit dem damaligen österreichischen Staatssekretär für Äußeres Guido Schmidt am 7.7.37 der Ministerialdirektor im Deutschen Auswärtigen Amt v. Welzsäcker darauf verwiesen hat, dass von Deutscher Seite solange keine Vertrauen zum Österreichischen Bundesheer gegenüber gegeben sei, so lange die Generale Zehner und Jansa an dessen Spitze stünden.

Am 10.3.1938 hat Zehner die Konisierung (Bereitschaft) aller Garnisonen des Österreichischen Bundesheeres ab 12.3.38 14 Uhr und noch am selben Tag verkört auf den 11.3.38 7 Uhr und die Aufbietung der Frontmiliz befohlen. Auch mit den militärischen Führern der Legitimisten und Marxisten hat er über eine bewaffnete Unterstützung der Österreichischen Regierung gesprochen.

Sofort nach der auf Befehl von Bundeskanzler Schuschnigg erfolgten kampflosen Besetzung Österreichs haben die Deutschen Behörden in drei Wellen bis Mitte 1939 55% aller Generale – darunter auch am 15.3. General Zehner – 40% der Obersten und

14% der Dienstgrade von Oberstleutnant bis Leutnant pensioniert; auch unser verstorbener Kamerad, Ehrenmitglied Karl Serschen, langjähriger Landesobmann von Oberösterreich, ist unter ihnen gewesen. Viele von ihnen sind verhaftet und ins KZ gekommen.

Am 10.4.1938, dem Tag der von Adolf Hitler befohlenen Volksabstimmung, sind Gesta-



po-Beamte in die Wohnung von General Zehner in Wien 17 eingedrungen. Laut Augenzeugenberichten von Ehefrau und Verwandten sowie Hauspersonal haben die Gesta-po-Leute ihn in den Salon gezerrt und, nachdem sie alle aus dem Raum gewiesen haben, ihm eine Pistole in die Hand drücken wollen. Kurz darauf haben die Hausmädchen Schlösser gehört. Ein Bild in diesem Zimmer hat noch heute Einschuss Spuren. Allen Zeugen dieses

Vorfalles ist unter Androhung schwerer Strafen strengstens Stillschweigen befohlen worden. Nach Darstellung der Nationalsozialisten habe sich Zehner eine Kugel in den Kopf geschossen; dies aber wird von den Tatzeugen bezweifelt.

Auf Wunsch der Angehörigen sind die sterblichen Überreste von General Zehner am 10.4.2002, seinem Todestag, im Familiengrab am Döblinger Friedhof in Wien bestattet worden.

Landesverband Wien; Generalversammlung und Neuwahlen

Der Landesverband Wien hielt am 15. Mai 2002 seine statutengemäße Generalversammlung ab.

Neben den anderen vorgeschriebenen Tagesordnungspunkten mit einem sehr ausführlichen Bericht des scheidenden Obmannes Dr. Jurasek, der auch seine gesamte Zeit als Wiener Obmann in einem großen Überblick einband, stand als wichtiger Punkt die Neuwahl des Vorstandes an.

Auch in Wien gab es wie im bundesweiten Kuratorium an der Spitze einen Generationswechsel. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

LANDESOBDMANN:
Kastelic Krutzl Dr. Gerhard
Stellvertreter:
Jurasek VPräs. a.D. Dr. Hubert
Steiner Staatssek. u. Botschafer a.D. Dr. Ludwig
Burian Othmar
Kassier: Burian Othmar
Kassier-Stellvertreter:
Schwarz Dietl. Edith
Schriftführer:
Breuer OStR Dr. Josefa
Schriftführerin-Stv.:
Tancosts Dr. Claudia

den. Bei diesem feierlichen Gedenken haben gesprochen: Bataillonskommandant Major Herbert Bachinger von der Wilhelm-Zehner-Kaserne in Ried im Innkreis, Brigadier Gernot Albrecht und der Rektor der Universität Wien UP Dr. Georg Winkler. Die Bestattung und Einsegnung hat Militäreinzelvikar Prälat Rudolf Schütz vorgenommen. Eine Ehrenabordnung mit Fahnen und Insignienträger haben ihre militärische Ehre erwiesen, ein Trompeter des Gardebataillons hat zum Schluss den Zapfenstreich geblasen. Ju■

Beisitzer:
Crammer u.HR Dr. Herbert
Dietl MR Dr. Hans
Kastelic Dr. Norbert
Winterstein Dr. Werner
Rechnungsprüfer:
Forstner Margarete
Jedlicka OStR Gertraud
Schieds- und Ehrengericht:
Prokisch Dr. Adolf, Kosch Margarete, Leinkauf Gertraud

Nach der einstimmigen Wahl dankte der neue Wiener Obmann Dr. Gerhard Kastelic namens des neu gewählten Vorstandes für die Wahl und sprach insbesondere dem scheidenden langjährigen Obmann den besonderen Dank des Landesverbandes aus. Seine neuen Gedanken und Ziele sind an anderer Stelle in dieser Ausgabe wiedergegeben.

Schließlich wurde Dr. Jurasek einstimmig zum Ehrenmitglied des Landesverbandes gewählt.

Die Generalversammlung endete in einem gemächlichen Beisammensein der anwesenden Mitglieder. Dr. G. Kastelic ■

Fahrt nach Lidice in Tschechien

Wie bereits im Freiheitskämpfer vom April d.J. angekündigt hat die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs in der Zeit vom 14. bis 16. Juni 2002 eine Fahrt zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages der Vernichtung des Dorfes Lidice und der Ausrottung der Bevölkerung dieses Dorfes unternommen.

Wir fahren mit einem bequemen Autobus nach Prag und waren im Hotel Olympic gut untergebracht. Am nächsten Tag fahren wir zu der Gedenkfeier nach Lidice. Die Bewohner dieses Dorfes wurden völlig unbegründet beschuldigt, einigen der Attentäter auf den „Reichsprotektor“ Reinhard Heydrich, der am 27.5.42 durch einen Anschlag tschechischer Freiheitskämpfer ge-

nistern, hoher Geistlichkeit und diplomatischen Vertretern zahlreicher europäischer und außereuropäischer Staaten anwesend, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland. Österreich war offiziell nicht vertreten, so dass unsere Delegationen und unser Kranz Österreich repräsentiert haben.

Am Nachmittag des 15.6. hatten einige von uns eine Unterredung mit Herrn Ingenieur Sechter vom tschechi-



Die ermordeten Kinder von Lidice

tötet worden ist, Unterschlupf gewährt zu haben. Auf Befehl Hitlers wurde das Dorf von Einheiten der Schutzpolizei und der Wehrmacht umstellt, alle männlichen Einwohner sofort erschossen, die Frauen kamen in das KZ Ravensbrück und die Kinder – mit Ausnahme einiger die eingedeutscht werden sollten – in das Vernichtungslager Chelmo, wo sie vergast worden sind. Die Häuser und die Kirche wurden abgebrannt und das Gelände eingeebnet.

Bei der Gedenkfeier war der damalige Ministerpräsident Zeman mit einigen Mi-

nister, Außenministerin, der mit Angelegenheit der Wiedergutmachung und Entschädigung befasst ist. Er zeigte sich besonders befriedigt über unsere Regelung der Entschädigung für Zwangsarbeiter.

Am letzten Tag besichtigten wir Theresienstadt und besonders die „kleine Festung“, die eine Sonderlager der Gestapo war und wo tausende politische Gefangene (vor allem Tschechen, aber auch Österreicher, Deutsche und Personen anderer Nationalität) gefangen, gequält und ermordet worden sind. Dr. Drexl ■

Wünsche an den Finanzminister

Folgendes Schreiben wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände an den Bundesminister für Finanzen und den Staatssekretär für Finanzen gerichtet: Wien, 22. Mai 2002

Seit längerem wird schon in den Medien berichtet, dass in Ihrem Ministerium an einer Reform des Einkommenssteuergesetzes gearbeitet wird, die im kommenden Jahr in Kraft treten soll. Diese Reform soll vor allem sozial Schwächeren etwas bringen.

Die drei im § 17 Abs. 2 Opferfürsorgegesetz (OPG) vom Gesetzgeber mit der Vermutung der Interessen vor allem der von den Nationalsozialisten aus politischen oder Abstammungsgründen Verfolgten betrauten Organisationen, das sind die Bundesleitung (Kuratorium) der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten (und Bekennern für Österreich), der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer (Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten) und der Bundesverband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband), zusammengeschlossen in der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs (p.A. 1020 Wien, Lassallestraße 40/2/26), ersuchen Sie, sehr verehrter Herr Bundesminister (Staatssekretär), um Berücksichtigung folgender Anliegen in dieser ESG-Reform:

Gemäß § 105 ESiG wird den Inhabern einer Antisachsenordnung oder eines Opfernauweises im Sinne des OPG auf deren Antrag der Abzug eines Betrages vom Einkommen gewährt. Mit diesem Freibe-

trag sollen, wie aus der Regierungsvorlage zum ESiG 1953, BGBl. I/1954 (175 d.Blg. z. d. sten. Prot. d. NR VII GP, Seite 59 zu § 101) hervorgeht, spezielle finanzielle Nachteile, die ehemals politisch Verfolgte erlitten haben, steuerlich berücksichtigt werden.

§ 101 ESiG 1953 ist im § 105 des derzeit geltenden ESiG wörtlich übernommen worden. Dieser Freibetrag beträgt gemäß der ESiG-Novelle BGBl. 557/85 schon seit 1.1.86 jährlich S 10.920,- und ist seither nicht valorisiert worden; nummehr laut der Novelle BGBl. I 59/2001 Euro 801,-, S 10.920,- aus dem Jahre 1986 würden laut dem Lebenshaltungskostenindex Ende 2001 S 15.691,- entsprechen, das wären Euro 1.140,30. Obwohl mit Schreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 6.11.92 uns mitgeteilt worden ist, dass unser Anliegen, den Freibetrag von S 10.920 anzuheben, „zur Behandlung im Rahmen der 2. Etappe der Steuerreform (gemeint wohl 1993)“ vorgezogen ist, ist diesbezüglich bisher nichts geschehen.

Unsere wiederholten Bemühungen, für jene Opfer im Sinne des OPG, die ein so geringes Einkommen haben, dass für sie § 105 ESiG nicht zum tragen kommt – zweifellos sozial Schwache – eine Regelung zu treffen, die für diese jedenfalls eine finanzielle Erleichterung bringt, sind bisher mit der Begründung abgewiesen worden, eine sogenannte „Negativsteuer“ gäbe es nicht. Mit der im Jahre 1993 erfolgten Neuordnung der Familienbesteuerung ist jedoch eine sogenannte „Negativsteuer“ eingeführt worden.

Natürlich sind die Opfer im Sinne des OPG im ho-

anzminister

hen Lebensalter und gebräuchlich, krank oder pflegebedürftig, jedenfalls gehandicapt. Sie werden auch immer weniger. Die zur Erfüllung unserer Wünsche erforderlichen Budgetmittel werden kaum ins Gewicht fallen. Im Jahre 2003, dem Jahr des geplanten Inkrafttretens der EStG-Novelle, werden es 65 Jahre sein, dass Österreich der nationalsozialistischen Aggression zum Opfer gefallen ist.

Mit dem Ersuchen an Sie, verehrter Herr Bundesminister (Staatssekretär) unserem Anliegen zu entsprechen, würden Sie auch eine Geste der Anerkennung der Verdienste dieser Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit setzen.

Mit vorzüglicher
Hochachtung

Abg.-z. NR a. D. Alfred Ströber,
VPräs. d. VwGH i.R. Dr.
Hubert Jurasek,
Oskar Wiesflecker

Auf dieses Schreiben haben wir vom Büro des Staatssekretärs im BM für Finanzen mit Schreiben vom 24.6.02 eine Ablehnung erhalten.

Zur Frage der Valorisierung der Freibeträge gem. § 101 EStG 1953 wird ausgeführt, dass durch die Umstellung auf Euro mit 2002 dieser Betrag um etwa 100 Schilling auf 801 Euro jährlich aufgerundet worden ist. Eine Valorisierung dieses Freibetrages würde gleichgelagerte Wünsche anderer Interessengruppen auf Anhebung von Freibeträgen wecken, die „angesichts des erforderlichen Sparkurses nur schwer erfüllbar wären“. Dies gelte auch für die Ausgestaltung des Freibetrages mit Negativsteuereffekt; es könne „kaum gerechtfertigt werden, warum etwa Freibeträge für Behinderte bei Einkommen unter der Besteuerungsgrenze keine Gutschrift nach sich ziehen können.“ ■

Alfons Gorbach zum 30. Todestag

Dr. Alfons Gorbach geb. 2.9.1898 in Imst ist Schüler am Erzbischöflichen Knabenseminar in Graz gewesen. Nach der Matura 1916 rückte er zum Kärntner Infanterieregiment Nr. 7 ein und verließ als hochdekorierter Offizier am 1.10.1917 Graz. 1917 leistete er ab und studierte an der Universität Graz Rechtswissenschaften. 1922 promovierte er zum Dr. jur. Nach dem Gerichtsjahr war er längere Zeit in der Invalidenentschädigungskommission für die Steiermark tätig, ist 1928 Gemeinderat von Graz 1930 Stadtschulrat und ab 1933 Führer der Vaterländischen Front der Steiermark geworden. Ab 1937 war er Mitglied der steirischen Landesregierung.

Schon vor der Besetzung Österreichs durch die Deutschen Truppen ist er auf Druck der Nationalsozialisten abberufen worden. Am 13.3.1938 verhaftet kommt er mit dem sogenannten Prominententransport am 2.4.38 nach Dachau. 1942 wird er vorübergehend entlassen und trotz seiner Invalidität zur Wehrmacht dienstverpflichtet. Im August 1944 neuerlich verhaftet, ist er in das Lager Flossenbürg und anschließend Dachau überstellt worden, wo ihm am 29.4.1945 die Amerikaner befreit haben.

Nach 1945 in verschiedenen Funktionen politisch tätig gewesen ist er für die Versöhnung mit den politisch schuldlosen ehemaligen Nationalsozialisten eingetreten und auch für die Soldaten des Zweiten Weltkrieges, deren Anerkennung als Opfer er forderte. Von 1961 bis 1964 ist er Bundeskanzler als Nachfolger von Julius Raab geworden. Am 31.7.1972 ist er in Graz gestorben.

Otto Molden zum Gedenken

Professor Otto Molden, 12.3.1918 in Wien geboren, ist schon seit seiner frühen Jugend mit Persönlichkeiten des geistigen und politischen Lebens konfrontiert gewesen.

Sein Vater Ernst ist stellvertretender Chefredakteur der „Neuen freien Presse“ gewesen, seine Mutter Paula, geborene Preradovic, die Dichterin der Österreichischen Bundeshymne, hat einen großen Salon in ihrer Wohnung Wien 19, Osterleingasse geführt, den fast alle bekannten Dichter der damaligen Zeit besuchte haben. Otto Molden ist daher in politischen, geistigen und literarischen Fragen höchst interessiert gewesen.

Schon mit 16 Jungvater-

land, der Jugendorganisation des Heimatschatzes, beigetreten, hat er eine kleine Gruppe von Freunden, die Diskussionsrunde, um sich gesammelt. Im Herbst 1936 ist er mit dem in Russland gefallenen Philosophiestudenten Helmut Jörg zusammen gekommen und hat mit ihm das sogenannte „graue Freikorps“ (FK) gegründet, die Mittelschülerorganisation der offiziellen Jugend der Vaterländischen Front, des Österreichischen Jungvolks. Das FK war im Sinne der Deutschen Jugend-

bewegung ziemlich unabhängig und durch seine eigenen Leute geführt. Idee des FK, dessen weltanschaulicher Schulungsleiter Otto Molden gewesen ist, war ein größeres Österreich als Zentrum eines föderativen europäischen Staates. Das FK war sowohl gegen die Nationalsozialisten als auch gegen die Kommunisten. Wiederholt ist es zu Zusammenstößen mit den illegalen HJ gekommen, es ist auch gelungen, so manchen illegalen HJ-Angehörigen zum Jungvolk hinüber zu ziehen. Otto Molden ist Führer der beiden in Döbling bestehenden Führlinien (so hießen die Ortsgruppen) „Walter Flex“

und „Godwin von Brumovsk“, sowie Führer „Aufgebotenes Wien Nord-West“ gewesen; zu diesen gehörten noch die Führlinien „Niklas Graf Salm“ (Wien 9), „Kuentring“ (Wien 17) und „Andreas Hofer“ (Wien 18). Nach dem sogenannten „Achim von Bernchesgaden-Abkommen“ zwischen Hitler und Schuschnigg im Februar 1938 hat die FK-Führung beschlossen, im Falle des Verlustes der Unabhängigkeit Österreichs sollten die Jugendführer in den Widerstand gehen.

In der Nacht vom 13. auf 14.3.1938, also kurz nach Ostern 20. Geburtstages, ist er vom „Streifendienst der HJ“

► und den „Sicherheitsdienst“ der SS verhaftet, nach 11 Tagen aber wieder frei gelassen worden. Zusammen mit einem anderen Führer des FK ist er nach Deutschland gefahren und hat dort Kontakt mit dem „Bund Neuland“ aufgenommen. Weiters ist er mit Freikorpsführern aus Wien, Tirol und Vorarlberg auf eine Alpe in Vorarlberg gefahren und hat dort ein „Schulungslager“ abgehalten. Einige Teilnehmer dieses Schulungslagers haben auf der Rückfahrt in Innsbruck in der Sakristei der Dompfarrkirche illegale Flugschriften hergestellt - Bischof Rasch hat zumindest davon gewusst - und diese von den Plattformen der Straßenbahnen gestreut.

Von einer großen Fahrt bis Afrika zurückgekehrt ist er im August 38 abermals von der Gestapo verhaftet und 14 Tage lang verhört worden. Um weiteren Maßnahmen der Gestapo zu entgehen, hat er sich freiwillig zur Deutschen Wehrmacht gemeldet und bei der zweiten Panzerdivision, die in Wien stationiert war, Dienst gemacht. Nach zahlreichen Feldzügen in Polen, Frankreich und Russland ist bei ihm ein (fingiertes) Herzleiden festgestellt worden, wodurch er fronttauglich ge-

worden ist. Während des Aufenthaltes in Wien hat er Kontakt aufgenommen mit anderen Widerstandsgruppen, so auch im Oktober 44. Hier hat er praktisch teilgenommen an der Gründung des unter Führung seines Vaters gestandenen „provisorischen Österreichischen Nationalkomitee“ (POEN), zu dem auch O5 Kontakt gehabt hat. Mittel seines von seinem Bruder Fritz beschafften gefälschten Soldbuches, lastend auf „Feldwebel Alfred Sieger“, ist er desertiert, hat sich nach Italien begeben und dort gemeinsam mit seinem Bruder Kurierdienste für die Widerstandsgruppen geleistet. Ende April 1945 befand er sich in Innsbruck und war dort mit dabei, als Widerstandsgruppen aus der Wehrmacht unter Führung unseres Kameraden Dr. Ludwig Steiner die Generalität gefangen genommen und Innsbruck vor dem Einmarsch der Alliierten befreit hatten.

Otto Molden ist nicht nur ein großer und beharlicher Kämpfer für Österreichs Freiheit gewesen, er hat auch seine Idee von einem vereinten Europa nicht vergessen. Schon im Sommer 1945 hat er zusammen mit dem Universitätsdozenten Simon Moser das „Europäische Forum Alpbach“ gegründet, dessen Präsident und bis zu seinem Tod Ehrenpräsident er gewesen ist. Jahr für Jahr kommen seit Kriegsende Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kunst zum Gedankenaustausch in Alpbach zusammen.



Darunter auch zahlreiche seinerzeit von den Nationalsozialisten Vertriebene wie z.B.: Sir Pepper; der Initiative Otto Moldens ist es auch zu verdanken, dass der Nobelpreisträger für Physik UP Erwin Schrödinger nicht in Dublin in Irland sondern in Alpbach begraben worden ist. Im Rahmen seines Einsatzes für ein vereintes Europa hat er auch die „Neue europäische föderalistische Partei Österreichs“ gegründet. Otto Molden ist damit ein visionärer Vorkämpfer für die EU gewesen.

Am 15.6.2002 ist er in seinem Urlaub in Zypern auf tragische Weise tödlich verunglückt. Am 2.7.2002 mittags ist er im Rahmen eines freizeithilflichen Gottesdienstes in der Lueger-Kirche auf dem Wiener Zentralfriedhof aufgebahrt

und anschließend in dem nahegelegenen Ehrengrab seiner Eltern bestattet worden. Am Montag, dem 15.7.2002 nachmittags hat Kardinal Erzbischof Dr. Christoph Schönborn im Stephansdom im Wien für ihn eine heilige Seelenmesse zelebriert. Bei diesen Gottesdiensten ist immer wieder der unermüdete Einsatz für Österreichs Freiheit und ein vereintes Europa gewürdigt worden. Wir danken Otto für seinen Einsatz und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. RIF ■

In eigener Sache

Wie bereits im FK 3/01 angekündigt, wird der FK in Zukunft nicht mehr regelmäßig alle Vierteljahre erscheinen, sondern nur noch nach Bedarf und Möglichkeit. Um dennoch eine Kontrolle über die Vollständigkeit der Nummern zu besitzen, ist der Freiheitskämpfer unabhängig vom Jahr seines Erscheinens fortlaufend nummeriert, beginnend mit Nummer 1 im Jahre 2001. Dementsprechend hat die erste Nummer dieses Jahres die Nummer 4 getragen.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten und Bekennern für Österreich,

1080 Wien, Laudongasse 16

Fotografie: bidebox, Dietl „Presse“-Archiv, Scheiblik, Verlag Herold, Vogelwarte-Institut, Zimmerbauer

Satzführung: Tanja Pichler, 1080 Wien, Skolzenhofweg 7/3

Druck: Druckerei Lachner, Miggaplatz 4, 1120 Wien

